Schleswig-Holstein
Der echte Norden

Schleswig-Holstein
Ministerium für Inneres,
Kommunales,
Wohnen und Sport

Ministerium für Inneres, Kommunales,
Wohnen und Sport | Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Planungsbüro Ostholstein
Tremskamp 24
23611 Bad Schwartau

durch den Landrat des Kreises
Ostholstein

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: IV 6211-30705/2024
Meine Nachricht vom: /

@im.landsh.de
Telefon: +49 431 988-
Telefax: +49 431 988614-

17.06.2024

nachrichtlich:
Landrat
des Kreises Ostholstein
- Fachdienst 6.61: Regionale Planung
- Fachdienst 6.20: Natur und Umwelt
Lübecker Straße 41
23701 Eutin

mit einer Kopie
für die Gemeinde

Referat IV 52 (Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht)

Ziele, Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung nach § 11 Abs. 2 Landesplanungsgesetz (LaplaG) i.d.F. vom 27. Januar 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 8), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs vom 12. November 2020 (GVOBl. Schl.-H. S. 808)

- **71. Änderung des Flächennutzungsplanes**
- **Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 105SCH der Gemeinde Scharbeutz, Kreis Ostholstein**

Planungsanzeige vom 24.03.2024
Stellungnahme des Kreises Ostholstein vom 31.05.2024

Die Gemeinde Scharbeutz beabsichtigt, in dem Gebiet „nördlich der Dorfschaft und der Siedlung Sarkwitz, südlich und westlich der Sarkwitzer Heide“ ein Sondergebiet „Photovoltaik“ auszuweisen. Ziel der Planung ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für einen ca. 13,5 ha großen Solarpark. Der Plangeltungsbereich

befindet sich außerhalb der aktuellen EEG-Kulisse und außerhalb der Privilegierungskulisse nach § 35 Abs. 1 Nr. 8b) BauGB. Der Flächennutzungsplan soll entsprechend geändert werden.

Aus Sicht der **Landesplanung** nehme ich zu der o. g. Bauleitplanung wie folgt Stellung:

Die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung ergeben sich aus der am 17.12.2021 in Kraft getretenen Landesverordnung über den Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 vom 25.11.2021 (LEP-VO 2021, GVOBl. Schl.-H. S. 1409) sowie dem Regionalplan 2004 für den Planungsraum II (alt).

Nach Ziffer 4.5.2 Abs. 2 LEP-Fortschreibung 2021 soll die Entwicklung von raumbedeutsamen Solar-Freiflächenflächenanlagen möglichst freiraumschonend sowie raum- und landschaftsverträglich erfolgen. Um eine Zersiedelung der Landschaft zu vermeiden, sollen derartige raumbedeutsame Anlagen vorrangig ausgerichtet werden auf:

- Bereits versiegelte Flächen
- Konversionsflächen aus gewerblich-industrieller, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung und Deponien,
- Flächen entlang von Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung oder
- Vorbelastete Flächen oder Gebiete, die aufgrund vorhandener Infrastrukturen ein eingeschränktes Freiraumpotential aufweisen.

Dadurch soll nach Ziffer 4.5.2 Abs. 3 LEP-Fortschreibung 2021 die Inanspruchnahme von bisher unbelasteten Landschaftsteilen vermieden werden. Bei der Entwicklung von Solar-Freiflächenanlagen sollen längere bandartige Strukturen vermieden werden. Einzelne und benachbarte Anlagen sollen eine Gesamtlänge von 1.000 Metern nicht überschreiten. Sofern diese Gesamtlänge überschritten wird, sollen jeweils ausreichend große Landschaftsfenster zu weiteren Anlagen freigehalten werden, räumliche Überlastungen durch zu große Agglomerationen von Solar-Freiflächenanlagen sollen vermieden werden.

Nach Ziffer 4.5.2 Abs. 4 LEP-Fortschreibung 2021 ist darüber hinaus vorgesehen, dass Planungen zu Solar-Freiflächenanlagen möglichst Gemeindegrenzen übergreifend abgestimmt werden, um räumliche Überlastungen durch zu große Agglomerationen von Solar-Freiflächenanlagen zu vermeiden.

Die Gemeinde Scharbeutz hat bereits eine gemeindeweite Potentialanalyse zur Eignung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen aufgestellt.

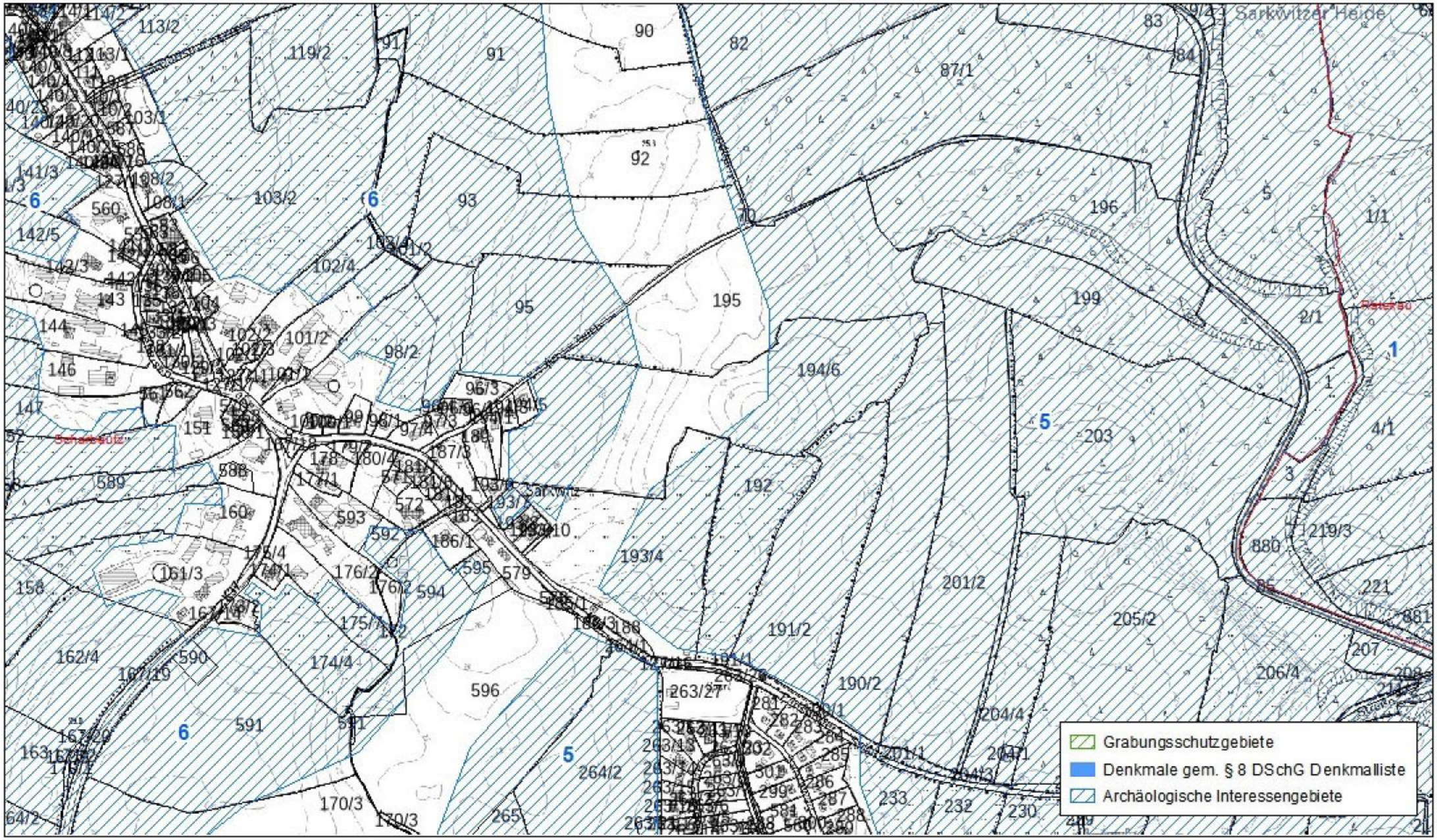
Als Ergebnis der gemeindeweiten Potentialanalyse wurden viele Flächen als „geeignet“ für die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen festgestellt. Für mehrere Flächen wurden zudem weiche Faktoren, die eine Einzelfallprüfung erforderlich machen, identifiziert. Darüber hinaus wurde von der Gemeinde Scharbeutz beschlossen, nicht mehr als 3 % der Gemeindefläche (158 ha) für Sondergebiete „Photovoltaik“ auszuweisen. Im weiteren Verfahren soll die Planung zudem mit Nachbargemeinden interkommunal abgestimmt werden.

Die Fläche der 71. Änderung des Flächennutzungsplanes befindet sich nach dem Konzept innerhalb der ermittelten Eignungsflächen im Außenbereich.

Aus Sicht der Landesplanung gehört die Fläche nicht zu den nach Ziffer 4.5.2 Abs. 2 LEP-Fortschreibung 2021 vorbelasteten Bereichen, die für eine Photovoltaiknutzung vorrangig in Anspruch genommen werden sollen. In den Planunterlagen ist zudem keine tiefergehende Alternativenprüfung zwischen den Eignungsflächen im Außenbereich vorgenommen worden. Dies sollte im weiteren Planverfahren ergänzt werden. Auch der Kreis Ostholstein bittet in seiner Stellungnahme vom 31.05.2024 um eine Konkretisierung der Alternativenprüfung.

Ziele der Raumordnung stehen der Planung jedoch nicht entgegen.

Diese Stellungnahme bezieht sich nur auf die Erfordernisse der Raumordnung und greift damit einer planungsrechtlichen Prüfung des Bauleitplanes nicht vor. Eine Aussage über die Förderungswürdigkeit einzelner Maßnahmen ist mit dieser landesplanerischen Stellungnahme nicht verbunden.



Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein

Scharbeutz OT Sarkwitz, Kreis Ostholstein

Bearbeitung: 30.04.2024 © ALSH, Maßstab: 1: 6.000,
Datengrundlage: DTK5 und ALK © GeoBasis-DE/LVermGeo SH

Auszug aus der Archäologischen Landesaufnahme

Schleswig-Holstein
Der echte Norden

SH Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein

Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein
Brockdorff-Rantzau-Str. 70 | 24837 Schleswig

Gemeinde Scharbeutz
Die Bürgermeisterin
Bauamt
z.Hd.
Am Bürgerhaus 2
23683 Scharbeutz

Obere Denkmalschutzbehörde
Planungskontrolle

Ihr Zeichen: 511010.42:105 Sch /
Ihre Nachricht vom: 23.04.2024/
Mein Zeichen: Scharbeutz-Fplanänd71-Bplan105-Sch/
Meine Nachricht vom: /

@alsh.landsh.de
Telefon: 04621 387-
Telefax: 04621 387-

Schleswig, den 28.05.2024

Bauleitplanung der Gemeinde Scharbeutz
71. Änderung Flächennutzungsplan und Aufstellung vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 105 -Sch- mit Vorhaben- und Erschließungsplan
Gebiet: Sarkwitz, nördlich der Dorfschaft und der Siedlung, südlich und westlich der Sarkwitzer Heide, östlich und westlich Am Teich - Solarpark Sarkwitz II -
Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Stellungnahme des Archäologischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Sehr geehrte

wir können zurzeit keine Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmale gem. § 2 Abs. 2 DSchG SH in der Neufassung vom 30.12.2014 durch die Umsetzung der vorliegenden Planung feststellen. Daher haben wir keine Bedenken und stimmen den vorliegenden Planunterlagen zu.

Der überplante Bereich befindet sich jedoch teilweise in archäologischen Interessengebieten. Diese archäologischen Interessengebiete dienen zur Orientierung, dass mit einem erhöhten Aufkommen an archäologischer Substanz d.h. mit archäologischen Denkmalen zu rechnen ist. Deshalb ist auf der gesamten überplanten Fläche grundsätzlich auf eine möglichst eingriffsarme Bauweise (z.B. keine Planierarbeiten) und während des Baus nach Möglichkeit auf das Einhalten fester Fahrgassen zu achten, um die Bodenbelastung so gering wie möglich zu halten.

Darüber hinaus verweisen wir ausdrücklich auf § 15 DSchG SH: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung.

Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage: Auszug aus der Archäologischen Landesaufnahme

Schleswig-Holstein
Der echte Norden

Schleswig-Holstein
Landesamt für Landwirtschaft
und nachhaltige Landentwicklung

Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung
Robert-Schade-Straße 24 | 23701 Eutin

Gemeinde Scharbeutz
Bauamt, z. Hd.
Am Bürgerhaus 2
223683 Scharbeutz

Ihr Zeichen: 511010.42:105 Sch/
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: **UV-39131/2024/**
Meine Nachricht vom: /

@llnl.landsh.de
Telefon: 04521-792931
Telefax: 0431-988/6458931

14.05.2024

Gemeinde Scharbeutz: 71. FNPÄ und B-Plan Nr. 105, Solarpark „Sarkwitz“

Sehr geehrte

die o.g. Bauleitplanung der Gemeinde Scharbeutz verfolgt das Ziel, die planungs- und baurechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage nordöstlich von Sarkwitz zu schaffen.
Das Plangebiet hat eine Größe von 18,6 ha, das Sondergebiet wird davon ca. 13,5 ha beanspruchen.
Da die Flächen nach der Errichtung der Solarmodule und während der Betriebsphase eingezäunt werden, gehen diese Flächen nach meiner Einschätzung für die jagdliche Nutzung verloren. Daher sollte die evtl. betroffene Jagdgenossenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts und/oder evtl. betroffene Eigenjagdbesitzer und die Jagdbehörde des Kreises Ostholstein beteiligt werden, damit diese Gesichtspunkte fachlich und rechtlich adäquat beurteilt und in den Planungsprozess eingebracht werden.

Aus forstrechtlicher Sicht ist festzuhalten, dass der 30 Meter breite Waldschutzstreifen zu den angrenzenden Waldflächen planerisch dargestellt wurde.
Rechtsgrundlage ist der § 24 des Landeswaldgesetzes.
Unter dem Punkt 3.3 Grünplanung des Erläuterungsberichtes wird ausgeführt, dass dieser Waldschutzstreifen als extensive Gras- und Krautflur angelegt wird. Es wird davon ausgegangen, dass die Einzäunung nicht innerhalb des Waldschutzstreifens errichtet wird, sondern außerhalb der 30 Meter Zone direkt an den Solarmodulen. Die Anlage einer Gras- und Krautflur auf diesem Streifen wird begrüßt, da dadurch eine ökologische Verzahnung mit der Waldfläche ermöglicht wird und insbesondere die Kleinsäuger und Wildtiere diese Fläche als Lebensraum nutzen können.

Mit freundlichen Grüßen,

KREIS
OSTHOLSTEIN

Der Landrat
Fachdienst Bauordnung
Brandschutzdienststelle
Lübecker Straße 41
23701 Eutin

Stand: 01.06.2021

Merkblatt zur Ausführung von freistehenden Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen)

Auch in Schleswig-Holstein wird durch die Bauleitplanung der Gemeinden zunehmend Baurecht für großflächige PV-Anlagen geschaffen.

Die Anlagen werden in der Regel abseits von sonstiger Bebauung errichtet und sind gegen unbefugtes Betreten gesichert. Auch wenn es sich bei den PV-Modulen- und Unterkonstruktionen vorwiegend um nichtbrennbare Baustoffe handelt, so stellen insbesondere Leitungen und Transformatoren eine gewisse Brandlast dar, darüber hinaus ist zu beachten, dass nach Inbetriebnahme der Anlage stets Spannung anliegt und die Module selbst nicht stromlos geschaltet werden können.

PV-Anlagen stellen bauordnungsrechtlich keine Sonderbauten dar. Die Durchführung eines Genehmigungsfreistellungsverfahrens bzw. eines vereinfachten Baugenehmigungsverfahrens ist daher bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen möglich.

PV-Anlagen unterliegen auch dann den materiellen Regelungen der LBO, wenn eine Prüfung der Vereinbarkeit des Bauvorhabens mit den Vorschriften der LBO im jeweiligen bauaufsichtlichen Zulassungsverfahren (z. B. §§, 68, 69 LBO) nicht erfolgt. Insbesondere sind vom Bauherrn die Schutzziele des § 15 LBO (Brandschutz) zu beachten. Bei PV-Anlagen geht es vorwiegend um Schutz vor Brandausbreitung und wirksame Löschmaßnahmen der Feuerwehr.

Die überbaubaren Flächen müssen durch Feuerwehrfahrzeuge erreichbar sein. Durch die Bildung von Brandabschnitten sowie Feuerwehrzufahrten und Bewegungsflächen gem. DIN 14090 werden die gem. Bebauungsplan überbaubaren Flächen insoweit eingeschränkt.

Ein weiterer Schutz vor einer möglichen Brandausbreitung ist gewährleistet, wenn Bewuchs unterhalb der PV-Module möglichst kurzgehalten wird.

Eine allpolige Abschalteinrichtung vor den Wechselrichtern ist vorzusehen und für die Feuerwehr zu beschildern.

Die Löschwasserversorgung ist sicherzustellen. Erforderlich ist eine Mindestkapazität von 48 m³ Löschwasser pro Stunde für zwei Stunden im Umkreis von 300 m.

Im Übrigen sind die einschlägigen elektrotechnischen Vorschriften und eine Bauausführung durch sachkundige Firmen zu beachten.

Vor Inbetriebnahme sollte der Gemeindewehrführung Gelegenheit zur Objektbegehung gegeben werden.



Landesjagdverband
Schleswig-Holstein

Solarenergie wildtierfreundlich planen

Empfehlungen für Freiflächenphotovoltaikanlagen







Die Position des Landesjagdverbandes Schleswig-Holstein

Der Landesjagdverband unterstützt die gesellschaftlichen Bemühungen, den Ausstoß klimaschädlicher Gase zu reduzieren und den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Als Naturschutzverband und Hüter der uns anvertrauten Wildtiere und Lebensräume, müssen wir jedoch auch dafür Sorge tragen, dass dieser Ausbau möglichst ohne die Beeinträchtigung wildlebender Tiere und wertvoller Lebensräume einhergeht. Vorrangig sind Alternativen auf vorhandenen Dachflächen zu nutzen! Die folgenden Punkte sollen unseren Mitgliedern, als Verpächtern, Planern und Betreibern großflächiger Solarenergie-Freiflächenanlagen, aber auch den Mandatsträgern in Gemeindeversammlungen, Ausschüssen und Behörden, dabei helfen, eine möglichst umweltfreundliche Umsetzung solcher Projekte zu gewährleisten.

Solarparks als Chance für die Biodiversität

Aus ökologischer und ökonomischer Sicht ist es weitaus sinnvoller, zunächst die Dächer von Industrieanlagen und sonstigen Immobilien mit Solaranlagen zu belegen, zumal hier die Distanz zwischen Verbraucher und Produktion geringer ist und damit Übertragungsverluste und der Bedarf an Stromleitungen verringert werden. Unter gewissen Gesichtspunkten kann jedoch auch die Errichtung von Solarenergie-Freiflächenanlagen angemessen sein, insofern die hier beschriebenen Empfehlungen befolgt werden. Dies trifft insbesondere auf ökologisch sehr stark degradierten Standorten in Autobahnnähe, auf Industriebrachen und auf seit Jahrzehnten intensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen zu, die sich nicht besonders gut für die Renaturierung eignen und auch nicht als Fernwechsel von weitziehenden Wildtieren genutzt werden. Geeignete, stark degradierte Flächen, die diese Kriterien erfüllen, gibt es (leider) genug.





















Alle profitieren von der naturschutzgerechten Planung, Solarpark 2.0

Ganz genau, wirklich alle Beteiligten profitieren von der ökologischen Aufwertung eines Solarparks. Wird es nämlich richtig gemacht, so spart der Errichter Kosten für Ausgleichsmaßnahmen. Anwohner und Naturnutzer werden durch das deutlich unscheinbarere optische Profil des Parks weniger in ihrem Naturempfinden gestört und die Natur, ja die profitiert natürlich auch. Es ist schlichtweg unnötig, dass schlecht geplante Solarparks unsere Landschaft verschandeln und wertvollen Boden zu einer wertlosen „Industriebrache" degradieren. Leider ist es einfacher, Solarparks schlecht zu planen, als diese ganzheitlich zu optimieren. Deshalb ist es wichtig, dass sich alle Projektbeteiligten mit der ökologischen Aufwertung von Solarparks auseinandersetzen und ihre Möglichkeiten nutzen, die Planung und den Betrieb von Solarparks positiv zu beeinflussen. Unsere Gesellschaft sollte einfach keine schlecht geplanten Solarparks mehr hinnehmen.

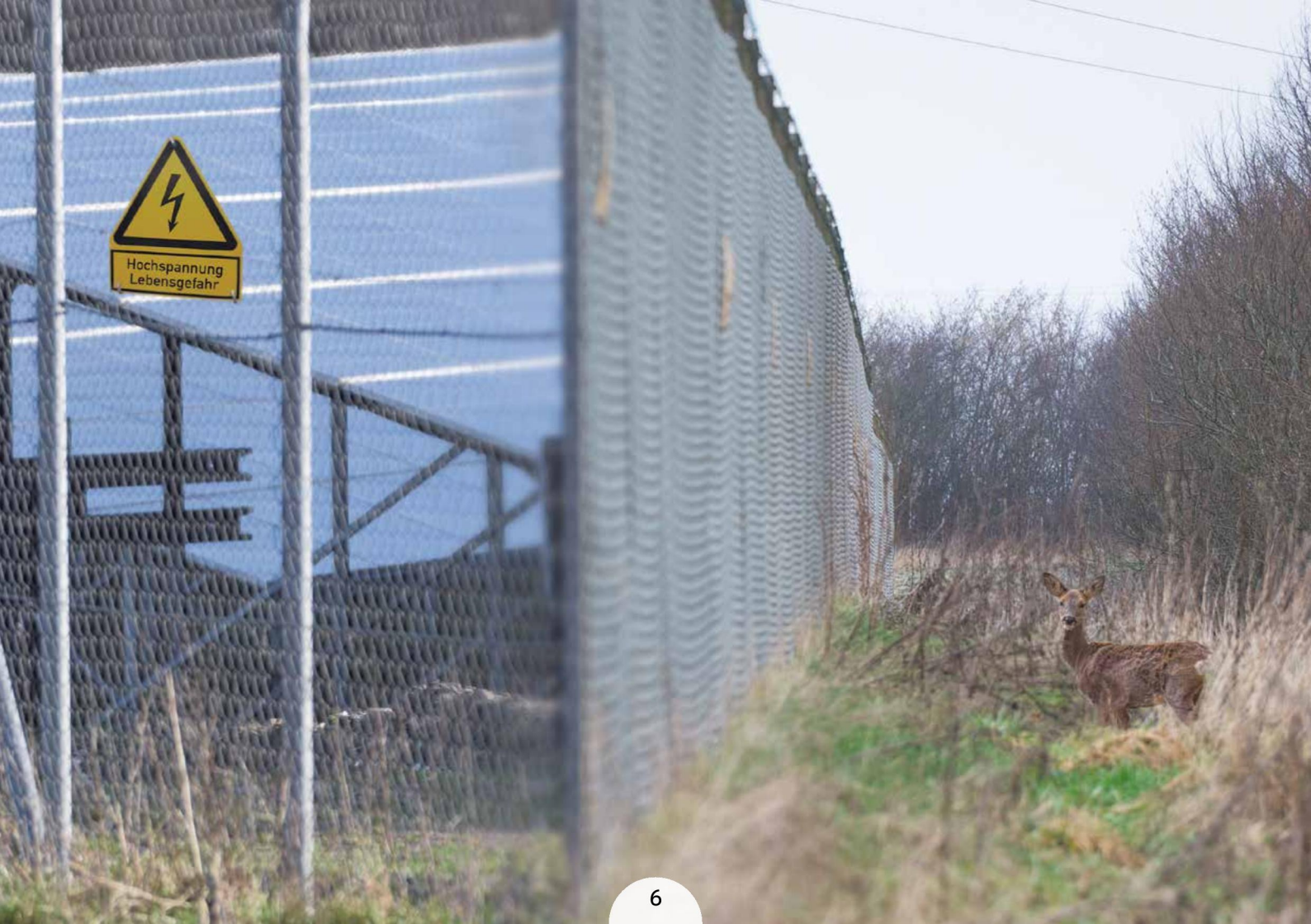
Es kostet nicht viel, macht aber einen großen Unterschied

Die ökologische Aufwertung von Solarparks tangiert die Planung, den Bau, den Betrieb sowie den Rückbau und die Nachnutzung der Fläche. All diese Maßnahmen kosten nicht viel. Ganz im Gegenteil, einige Maßnahmen sparen sogar Geld an anderer Stelle. Es gibt also wahrlich keinen Grund, einen Solarpark nicht ökologisch aufzuwerten und naturschutzgerecht zu planen.

Der Randbereich

Solarparks werden in der Regel aus versicherungstechnischen Gründen eingezäunt. Dem Naturnutzer bietet sich dabei oft ein äußerst unschönes Bild langer Zäune, an die sich große Flächen aufgeständerter Solarmodule anschließen. Die Begrünung dieser Zäune mit standortgerechten Heckenpflanzen vermindert die optische Beeinträchtigung der Naturnutzer und bietet zahlreiche Lebensräume für Vögel, Insekten, Kleinsäuger sowie für viele andere Tier-, Pilz- und Pflanzenarten. Wenn sich auf der Innenseite des Zauns ein Grünstreifen anschließt und bei der Auswahl der Heckenpflanzen darauf geachtet wird, dass dieser nicht zu hoch wird, so ergibt sich auch keine Verschattung der Solarmodule. Die auf dem Grünstreifen innerhalb des Zauns befindlichen Tiere, ob sie nun äsen oder sich um ihren Nachwuchs kümmern, werden durch den Sichtschutz der Hecke nicht durch Spaziergänger oder andere Naturnutzer aufgeschreckt, so dass sie sich dort in Ruhe und relativer Sicherheit aufhalten können.




Hochspannung
Lebensgefahr

Nahrung und Deckung für bedrohte Arten

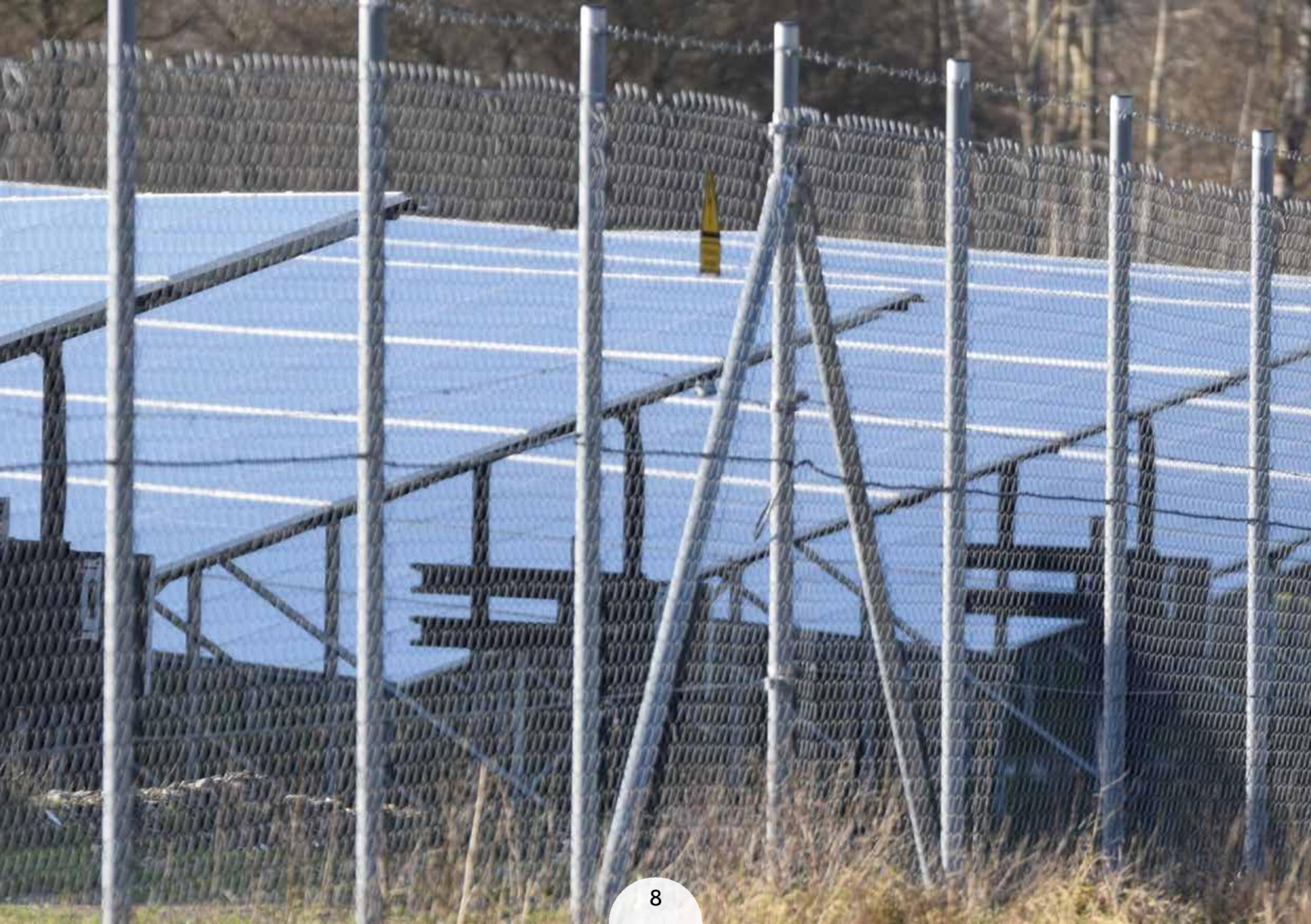


Werden der Grünstreifen, die Gassen zwischen den Solarmodulen und die Bereiche unter den Solarmodulen auf die Bedürfnisse des Niederwildes, von Insekten, Reptilien und Kleinsäugern ausgelegt und bewirtschaftet, so bietet sich ihnen hier Nahrung und Deckung. Selbst die Solarmodule bieten vielen Arten Schutz vor der Prädation durch Greifvögel und Eulen, aber auch vor den Unbilden des Wetters. Ein gut geplanter Solarpark kann somit vielen Arten, die ansonsten in unserer intensiv genutzten Kulturlandschaft kaum noch eine Nische finden, zur Heimat werden und selbst Arten wie dem Igel Schutz bieten.

Parklayout

Die überbaute Gesamtfläche des Solarparks sollte 70 Prozent (Grundflächenzahl, GFZ 0,7) nicht überschreiten. Dies ermöglicht recht erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten, die, wenn sie klug genutzt werden, aus einem Solarpark durchaus ein Kleinod machen können, das vielen Arten eine sichere Heimstatt bietet. Ideal ist es, wenn die Wirtschaftswege aus einem Kies-Sandgemisch hergestellt und nicht asphaltiert werden. Diese lassen das Niederschlagswasser besser versickern, dienen den Tieren zum „Trockenlaufen" nach Niederschlägen und bieten Vogelarten, wie dem Rebhuhn die Gelegenheit zur Aufnahme von Magensteinen. Werden die Wege rechts und links mit einem breiten Grüntreifen eingerahmt, von dem jedes Jahr eine Seite unbearbeitet bleibt und die jeweils andere Hälfte gemulcht wird, so haben die Tiere Deckung und Äsung zugleich. Denn das auf der gemulchten Fläche verbleibende Pflanzenmaterial enthält Sämereien, die gerade in der äsungsarmen Zeit als Nahrung für das Niederwild dienen, aber auch den Grundstock bilden, aus dem neue Gräser und Blumen sprießen.

Die Bereiche, auf denen die Pflanzen überwintern, bieten den Tieren Deckung, weitere Äsung und gerade die unschön anzusehenden, braunen Pflanzenhalme dienen vielen Insekten als Überwinterungsquartier. Überträgt man das gleiche Prinzip auf die Bereiche zwischen den Reihen, und pflanzt dort sowie unter den Solarmodulen schattenverträgliche Sorten, so ergibt sich ein wertvolles Netz, dass den gesamten Park durchzieht und dem Niederwild, aber auch anderen Tier-, Pflanzen- und sogar Pilzarten gute Lebensbedingungen bietet. Gerade bei zuvor intensiv genutzten Flächen ist es jedoch wichtig, die Saatgutmenge so anzupassen, dass das Geflecht aus Halmen, Stängeln und Blättern, aufgrund des hohen Nährstoffgehalts des Bodens, nicht undurchdringlich für Küken und Junghasen wird. Werden die Blühstreifen hier und da auch noch durch kleine Ansaaten von Waldstaudenroggen, Huderplätze, Lesesteinhaufen, Käferbänke (beetle banks) und Schwarzbrachestreifen ergänzt, so entsteht früher oder später ein Quellbiotop für Pflanzen, Niederwild und Insekten, von dem auch die angrenzenden Bereiche profitieren.



Zäune wo man hinsieht

Bei der Planung von Solarparks, aber auch bei der späteren Planung gezäunter Aufforstungen und Knicks im Nahbereich des Solarparks, muss unbedingt darauf geachtet werden, dass sich keine Sperr- oder Leitwirkung durch die Zäune ergibt. Diese könnte insbesondere Schalenwildarten am Ziehen hindern oder sie gar auf Straßen leiten, wo es dann zu Unfallschwerpunkten kommen kann. Große Solarparks sollten deshalb mindestens alle 500 m von Querungskorridoren durchzogen werden, die den Anforderungen entsprechen, die im Merkblatt zur Anlage von Querungshilfen für Tiere und zur Vernetzung von Lebensräumen an Straßen definiert sind. Sie sollten jedoch mindestens 50 bis 60 m breit sein und nicht als Wander-, Reit- und / oder Fahrradweg genutzt werden dürfen.

Wasser – Quell des Lebens

Wasser darf in einem Solarpark nicht fehlen. Die Solarmodule ziehen aufgrund ihrer glänzenden Oberfläche Wasserinsekten an. Fehlt Wasser im Park, so sind diese in der Regel zum Tode verurteilt. Ein Feuchtbiotop mit Freiwasserzone, das auch zwingend in heißen Sommern Wasser führen muss, bietet da Abhilfe und rettet zumindest einige von ihnen. Ein solches Feuchtbiotop bietet aber auch Wasserwild und anderen Tieren eine willkommene Heimstatt und sollte, als Quell des Lebens, gerade in einem eingezäunten Solarpark nicht fehlen.

Werden Trafohäuschen und andere Möglichkeiten zur Anbringung von Nist- und Fledermauskästen genutzt, so erhöht sich die Wahrscheinlichkeit weiter, dass die angezogenen Wasserinsekten nicht ungenutzt verkommen und so zumindest einen Teil ihrer Funktion im Rahmen der Nahrungskette erfüllen. Wer mit spitzem Bleistift rechnet, der integriert das Feuchtbiotop in das Brandschutzkonzept des Solarparks und spart so doppelt und dreifach, denn auch dieses wird den Bedarf an Ausgleichsmaßnahmen reduzieren und kann durch klug angelegte Randbereiche und Überschwemmungszonen auch für die Versickerung von Niederschlagswasser genutzt werden.







Hochspannung
Lebensgefahr









Betrieb und Pflege

Zur Reinigung der Solarmodule und zum Korrosionsschutz für die Untergestelle dürfen keine giftigen und / oder wassergefährdenden Mittel zum Einsatz kommen. Vorzugsweise werden nur biologisch abbaubare Stoffe eingesetzt oder ganz auf Zusätze verzichtet. In einem so aufgewerteten Solarpark dürfen auch keine Pflanzenschutzmittel und Kunstdünger zum Einsatz kommen und, es darf natürlich auch keine Gülle ausgebracht werden.

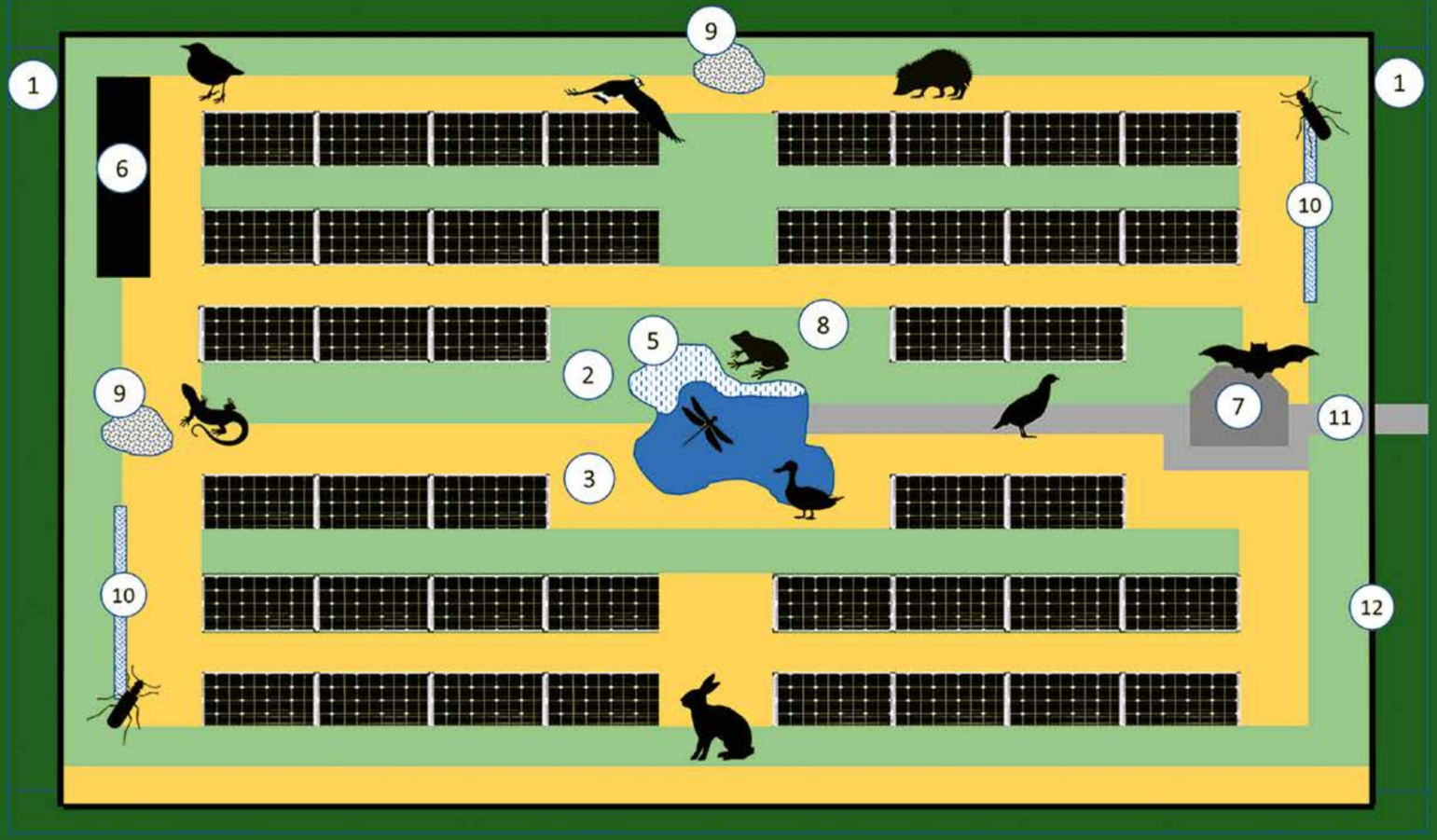
Wir begrüßen die Energiewende, aber bitte mit Augenmaß

Unsere Natur wurde in den letzten Jahrhunderten bereits weitestgehend kultiviert und ein erheblicher Teil der Flächen wurde durch Infrastrukturprojekte versiegelt und / oder zerschnitten. Wahre Natur findet man kaum noch in Schleswig-Holstein, deshalb ist es von großer Bedeutung, dass insbesondere Reste natürlicher Lebensräume und Wanderkorridore von Wildtieren erhalten werden, und dass Flächen, die ein großes Renaturierungspotenzial besitzen, nicht weiter degradiert und mit Solaranlagen bestockt werden. Auch wenn diese Flächen seitens der Behörden als bedingt geeignet für die Errichtung von Solarparks eingestuft werden, so sollten u. a. auf folgenden Flächen keine Solarparks gebaut und betrieben werden:

- realisierte und geplante Querungshilfen an großen Verkehrsinfrastrukturen einschließlich der damit verbundenen Zu- und Abwanderungskorridore müssen zwingend in einem Radius von mindestens 10 km um die Querungshilfe freigehalten werden
- Verbundbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems
- Biosphärenreservate
- landesweit bedeutsame Rast- und Nahrungsgebiete für Zug- und Rastvögel
- Naturdenkmale und geschützte Landschaftsbestandteile
- Wasserflächen
- Dauergrünland auf Moorböden und Anmoorböden
- 5 km Puffer als Verbotszone entlang der BfN Wanderachse für waldgebundene Großsäuger





1	Hecke	**4**	Wasserfläche	**7**	Trafohaus mit Nist- und Fledermauskästen	**10**	Käferbank
2	Brache (gerade Jahre)	**5**	Feuchtbiotop	**8**	Huderplatz	**11**	Sandwege und -stellflächen
3	Brache (ungerade Jahre)	**6**	Schwarzbrache	**9**	Lesesteinhaufen	**12**	Zaun

Der Park der Zukunft

Das zuvor beschriebene Konzept kann guten Gewissens als Solarpark 2.0 bezeichnet werden, da es erstmals einen ganzheitlichen Planungsansatz verfolgt und damit den bisherigen Planungsansatz grundlegend ändert. Der Solaprak 2.0 steigert den Mehrwert für alle Beteiligten, vom Betreiber, über die Gesellschaft, bis hin zur Natur. Setzt der Solarpark 2.0 neue Maßstäbe für die Parks von heute, so ist der Solarpark 3.0 der Park von morgen. Dieser geht noch einen Schritt weiter. Er nutzt den Zaun als Schutz für die im Solarpark lebenden Tiere und schafft einen sicheren Hafen für bedrohte Tierarten. Hierzu ist es entscheidend, dass der Park prädatorensicher eingezäunt wird.

Der Solarpark 3.0 setzt auf Durchlässe im Zaun, die von einer künstlichen Intelligenz überwacht werden. Bewegt sich ein Rebhuhn oder Hase durch einen der Durchlässe, so können sie ungestört passieren. Wird jedoch ein Fuchs, Waschbär oder Marderhund detektiert, so fungiert der Durchlass als Falle, die Stücke werden gefangen und der zuständige Jäger informiert. Dieses Konzept verringert die Gefahr, dass Prädatoren versuchen, den Zaun zu überklettern und schützt Niederwild und Bodenbrüter innerhalb und außerhalb des Zaunes. Da es sich hierbei jedoch um Neuland handelt, muss der Solarpark 3.0 zunächst in einigen Pilotprojekten getestet und zur Serienreife gebracht werden. Hierfür suchen wir (Stand Februar 2022) noch Förderer und Pilotprojekte.



Erst denken, dann handeln

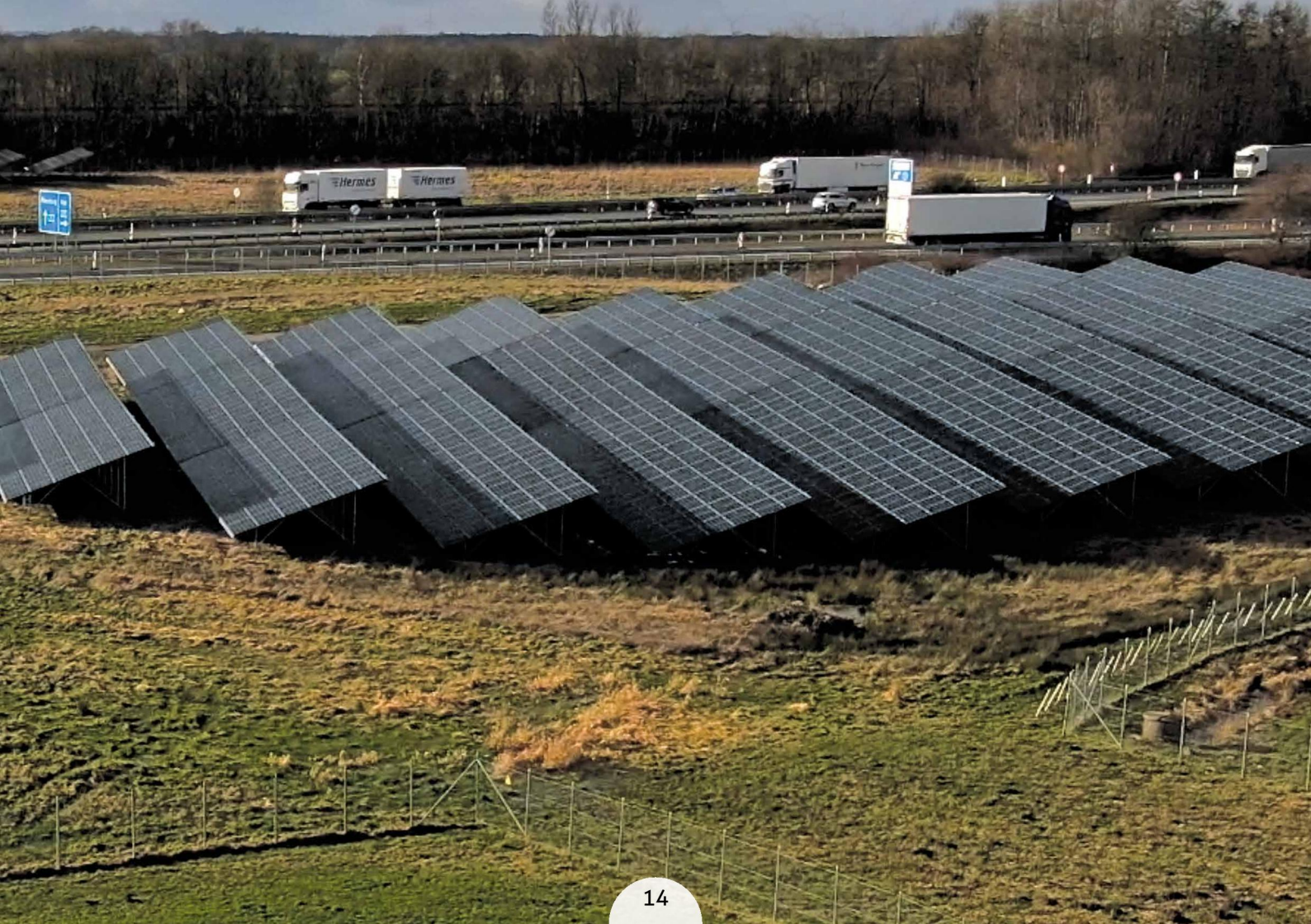
Achtet man beim Parklayout von vornherein auf die Arbeitsbreite der zur Verfügung stehenden Maschinen, dann spart man sich über viele Jahre hinweg reichlich Arbeit bei der Pflege der Flächen. Gleiches gilt für die Auswahl von Pflanzen und Saatgut, eine gründliche Standort- und Bodenanalyse hilft, teure Verluste zu vermeiden.










Hermes
Hermes

Lebensraumzerschneidung

Lebensraumzerschneidung gefährdet insbesondere den Fortbestand weiträumig ziehender Wildarten, wie dem Rotwild, aber auch vielen anderen Tier-, Pilz- und Pflanzenarten. Vor der Planung neuer Solarparks, aber auch anderer Infrastrukturprojekte, muss deshalb zwingend geprüft werden, ob der Park etwaige Wanderwege blockieren würde oder eine ungünstige Lenkungswirkung haben könnte, die die Tiere vielleicht auf Straßen oder in, durch die Wechselwirkung mit anderen Bauwerken entstandene Sackgassen lenkt. Unter solchen Umständen muss an dieser Stelle unbedingt auf die Errichtung eines Solarparks verzichtet werden.

Rückbau

Solarparks werden in der Regel für einen Zeitraum von 20 bis 25 Jahren genehmigt und müssen, so sich keine Anschlussgenehmigung über ein Repowering ergibt, wieder zurückgebaut werden. Beim Rückbau eines ökologisch aufgewerteten Solarparks sollte äußerst behutsam vorgegangen werden, damit die Arbeit der letzten Jahrzehnte nicht innerhalb weniger Tage zunichte gemacht wird. Sprechen sie hierzu am besten die Untere Naturschutzbehörde oder den LJV an. Eventuell kann die Fläche auch in den Vertragsnaturschutz überführt werden.



Zertifizierung

Gut geplante Solarparks sind ein Gewinn für alle Beteiligten, aber leider ist das noch nicht allen bewusst. Wer deshalb auf Nummer sicher gehen möchte, dass sein Park auch wirklich einen ökologischen Mehrwert darstellt, der kann diesen Park mit Blick auf Planung, Bau, Betrieb und Rückbau gegen eine kleine Gebühr von einem unserer Biologen zertifizieren lassen. Sprechen Sie uns einfach an!





Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Öffentlichkeit hat in der Regel zahlreiche Möglichkeiten, sich in die Planung von Solarenergiefreiflächenanlagen und deren Gestaltung einzubringen. Die zweistufige Bauleitplanung sieht seitens der Gemeinde zunächst die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes und darauf aufbauend die Aufstellung eines Bebauungsplanes oder eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes vor. Bevor es jedoch zur Aufstellung dieser Pläne kommt, sollten Anwohner und Jagdausübungsberechtigte die Möglichkeit nutzen, sich im Rahmen der entsprechenden Ausschuss- und Gemeinde- oder Stadtvertretersitzungen in die Diskussion einzubringen, ihre Position zu vertreten und auf eine möglichst naturschutzkonforme Planung der angedachten Solarparks hinzuwirken. Betroffene Personen und Träger öffentlicher Belange (TöB) haben im Rahmen des sich anschließenden Planfeststellungsverfahrens noch einmal spezielle Rechte. Sie müssen nämlich an dem Verfahren beteiligt, über die Pläne informiert und mit ihren Einwänden angehört werden. Dies bietet noch einmal eine hervorragende Möglichkeit, Einfluss auf die Pläne zu nehmen. Sollte all dies jedoch nicht reichen, um eine zufriedenstellende Lösung zu erzielen, so haben direkt betroffene Personen und TöB abschließend noch die Möglichkeit, ihre Einwände auf dem Klageweg geltend zu machen.

Wissenschaftliche Projektbegleitung

Vieles bei der Planung, dem Bau und dem Betrieb, aber auch beim Rückbau ökologisch aufgewerteter Solarparks ist Neuland. Wir empfehlen deshalb die wissenschaftliche Begleitung einiger Projekte, um mehr Handlungssicherheit zu erlangen. Hierzu können Sie uns gerne ansprechen, wir vermitteln dann den Kontakt zu wissenschaftlichen Einrichtungen und beraten bei der Finanzierung.

Steuerliche Besonderheiten

Achtung, wer einen Solarpark auf landwirtschaftlichen Flächen errichtet, der wandelt damit, steuerlich gesehen, eine landwirtschaftliche in eine gewerbliche Fläche um. Dies hat zahlreiche Konsequenzen, wirkt sich aber insbesondere auf die Erbschaftssteuer aus. Sprechen Sie vor einem solchen Projekt deshalb bitte unbedingt mit ihrem Steuerberater.






Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e. V.

Wo erfahre ich, was geplant wird?

Die zur Stellungnahme anstehenden Planungen werden auf der Homepage des Landesnaturschutzverbandes (LNV) Schleswig-Holstein e. V. laufend veröffentlicht:
http://lnv-sh.de/data/AG-29-Wochenplan.pdf
Die Planunterlagen liegen in den Gemeinden zur Einsicht aus und stehen häufig auch online zur Verfügung. Ansonsten wenden Sie sich gerne an die Geschäftsstelle der AG-29 im LNV (E-Mail: AG-29@LNV-SH.de), um Einsicht in die Planunterlagen zu erhalten, mögliche Fragen zu klären und ihre Hinweise einzubringen.

Dachverband der Natur- und Umweltschutzverbände in Schleswig-Holstein

Der LNV ist seit 1975 der Dachverband der Natur- und Umweltschutzverbände in Schleswig-Holstein. Derzeit umfasst er 24 Organisationen, die sich gemeinsam für den Schutz der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ihrer Lebensgrundlagen und unserer Kulturlandschaft einsetzen. Dieses Anliegen und das Engagement seiner Mitglieder im Naturschutz und der Landschaftspflege ist Aufgabe und Ansporn des LNV. Unser Hauptanliegen ist die Bündelung aller Kräfte im Natur- und Umweltschutz zugunsten des gemeinsamen Zieles, eine zukunftsfähige Politik für Nachhaltigkeit und Naturschutz zu betreiben.

AG 29:





Landesjagdverband
Schleswig-Holstein

Unser Land zwischen den Meeren

Mehr als 17.500 Mitglieder in 20 Kreisjägerschaften: das ist der Landesjagdverband Schleswig-Holstein. Unsere Aufgabe: Der Schutz der Fauna und Flora unseres Bundeslandes.

Stärken Sie jetzt die Lobby für heimische Wildtiere. Sie wollen LJV-Mitglied werden? Prima, wir freuen uns auf Ihre Unterstützung! **Laden Sie sich hier den Mitgliedsantrag als PDF herunter** und schützen Sie aktiv die Umwelt in Schleswig-Holstein!

Impressum

Herausgeber: Landesjagdverband Schleswig-Holstein e.V.

© 2022

Böhnhusener Weg 6 • 24220 Flintbek
Telefon: (04347) 9087-0 • Internet: www.LJV-SH.de
E-Mail: info@LJV-SH.de • Facebook: LJVSH
Instagram: ljv_sh • Twitter: ljv_sh

Text, Grafik und Kontakt: Frank Zabel, M. Sc. in Wildlife Biology and Conservation, f.zabel@ljv-sh.de
Fotoautoren: S. Grell, W. Rolfes, M. Breuer, M. Börner, R. Bernhardt, M. Franzen, R. Hartwig, M. Migos, K.-H. Volkmar, Reimfoto, Zoonar, LNV, istockphoto
Gestaltung: Marco Franzen (LJV SH),
Umsetzung: Björn Tiemens,
Herstellung: Lithographische Werkstätten Kiel

Landesjagdverband Schleswig-Holstein

1 Kreisjägerschaft Nordfriesland e.V.
www.kjs-nordfriesland.de

2 Kreisjägerschaft Flensburg e.V.
www.kjs-flensburg.de

3 Kreisjägerschaft Schleswig e.V.
www.kjs-schleswig.de

4 Kreisjägerschaft Eiderstedt e.V.
www.kreisjaegerschaft-eiderstedt.de

5 Kreisjägerschaft Eckernförde e.V.
www.kjs-eckernfoerde.de

6 Kreisjägerschaft Dithmarschen-Nord e.V.
www.kjs-norderdithmarschen.de

7 Kreisjägerschaft Dithmarschen-Süd e.V.
www.kjs-dithmarschen-sued.de

8 Kreisjägerschaft Rendsburg-West e.V.
www.kjs-rendsburg-west.de

9 Kreisjägerschaft Rendsburg-Ost e.V.
www.kjs-rendsburg-ost.de

10 Kreisjägerschaft Kiel e.V.
www.kjs-kiel.de

11 Kreisjägerschaft Plön e.V.
www.kjs-ploen.de

12 Kreisjägerschaft Oldenburg e.V.
www.kjs-oldenburg.de

13 Kreisjägerschaft Neumünster e.V.
www.kjs-neumuenster.de

14 Kreisjägerschaft Steinburg e.V.
www.kjs-steinburg.de

15 Kreisjägerschaft Pinneberg e.V.
www.kjs-pinneberg.de

16 Kreisjägerschaft Segeberg e.V.
www.kjs-segeberg.de

17 Kreisjägerschaft Eutin e.V.
www.kjs-eutin.de

18 Kreisjägerschaft Lübeck e.V.
www.kjs-luebeck.de

19 Kreisjägerschaft Stormarn e.V.
www.kjs-stormarn.com

20 Kreisjägerschaft Herzogtum Lauenburg e.V.
www.kjs-herzogtum-lauenburg.de



www.ljv-sh.de/unser-verband/kreisjaegerschaften/

KREIS OSTHOLSTEIN

KREIS OSTHOLSTEIN • Postfach 433 • 23694 Eutin

E-Mail: @gemeinde-scharbeutz.de
Gemeinde Scharbeutz
Die Bürgermeisterin
Am Bürgerhaus 2
23683 Scharbeutz

Der Landrat

Fachdienst Regionale Planung
Bauleitplanung / TÖB-Stelle

Geschäftszeichen	Auskunft erteilt	Telefon	04521-788-	Datum
TÖB 24067 +24068		Fax	04521-788-	31.05.2024
		E-Mail	@kreis-oh.de	

Bauleitplanung der Gemeinde Scharbeutz - 71. Änderung Flächennutzungsplan - Aufstellung vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 105 -Sch- mit Vorhaben- und Erschließungsplan Gebiet: Sarkwitz, nördlich der Dorfschaft und der Siedlung, südlich und westlich der Sarkwitzer Heide, östlich und westlich Am Teich - Solarpark Sarkwitz II - Ihr Schreiben vom 23.04.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den Planungen wurden nachstehende Fachbehörden des Kreises beteiligt:

- Bauleitplanung
- Naturschutz
- Boden-, Grundwasser- und Gewässerschutz
- Abfall
- Bauordnung einschließlich Brandschutz
- Grundstücks- und Gebäudeservice
- Straßenverkehrsaufsicht
- Untere Jagdbehörde

Nachfolgend aufgeführte Fachdienste bitten um Berücksichtigung ihrer Belange:

Bauleitplanung

Äußerung nach § 4 Abs. 1 BauGB (Frühzeitige Behördenbeteiligung)

Der Umfang und Detaillierungsgrad des Umweltberichts, der einen besonderen Teil der Begründung bildet, ist entsprechend der Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2 a BauGB vorzunehmen.

Dabei sind die Auswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter in Form einer Checkliste abzuarbeiten.

Ortsplanung und Planungsrecht

Ich weise darauf hin, dass das gemeindeweite Standortkonzept originär die Aufgabe hat, unvoreingenommen und ergebnisoffen „Standorte zu finden, die die Abwägungsbelange möglichst weitgehend berücksichtigen und die die ggf. sich darstellenden Konfliktkonstellationen am besten lösen“ (vgl. „Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“).
Die beigelegte Potenzialanalyse der Gemeinde untersucht zwar das Gemeindegebiet hinsichtlich der harten und weichen Ausschlusskriterien, unterlässt es jedoch in einem abschließenden Schritt die dementsprechend ermittelten Flächen zu konkretisieren und zu priorisieren, um so die planerische Grundlage für die PV Entwicklung in der Gemeinde zu schaffen.

Naturschutz

Zur vorliegenden Planung wird aus naturschutzrechtlicher und -fachlicher Sicht folgende Stellungnahme abgegeben:

Landschaftsplanung
Aufgrund der umfangreichen Überplanung (18,6 ha, davon ca. 13,5 ha mit Solarmodulen überstellt) und der weiteren geplanten Solarparks in der Gemeinde Scharbeutz, wird eine Fortschreibung des Landschaftsplanes notwendig. Gemäß § 9 Abs. 4 BNatSchG sind Landschaftspläne fortzuschreiben, sobald und soweit dies im Hinblick auf Erfordernisse und Maßnahmen im Sinne des Absatzes 3 Satz 1 Nummer 4 erforderlich ist, insbesondere weil wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im Planungsraum eingetreten, vorgesehen oder zu erwarten sind. Dieses ist mit der Überplanung von insgesamt 3 % des Gemeindegebietes mit Freiflächenphotovoltaikanlagen der Fall. Die Fortschreibung kann als sachlicher oder räumlicher Teilplan erfolgen, sofern die Umstände, die die Fortschreibung begründen, sachlich oder räumlich begrenzt sind.

Ich weise darauf hin, dass das Plangebiet, gemäß Landschaftsrahmenplan (Karte 2, Stand Januar 2020), die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 26 Abs. 1 BNatSchG iV.m. § 15 LNatSchG als Landschaftsschutzgebiet erfüllt. Zurzeit ist keine Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet geplant.

Knicks und Einzelbäume
Laut Planungsunterlagen (S. 16) befinden sich die Knickstrukturen „an den Grenzen des Planungsgebietes“ – dies ist nicht ganz zutreffend. Die Knicks sind nicht nur an den Randbereichen, sondern befinden sich auch in der Fläche. Hier ist die Formulierung zu ändern.

Im Plangebiet befinden sich nach § 30 BNatSchG und § 21 LNatSchG gesetzlich geschützte Biotope in Form von Knicks. Es fehlt das Symbol für die gesetzlich geschützten Biotope an den entsprechenden Stellen in der Zeichnung. In der Begründung ist ein Knickschutzstreifen von fünf Metern angegeben - die Schutzstreifenbreite ist in die Planzeichnung an mehreren Stellen einzutragen und festzusetzen. Bei den Knickschutzstreifen ist ebenfalls festzusetzen,

dass bauliche Anlagen, Aufschüttungen und Abgrabungen unzulässig sind und die Lagerung von Materialien jeglicher Art dort verboten ist. Eine Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope ist auszuschließen (§ 30 Abs. 2 BNatSchG).

In der Planzeichnung fehlt der Schutzstreifen um die Bäume. Dies ist zu ergänzen.
Die Bäume sind während der Bauarbeiten gegen mechanische Schäden zu schützen – dafür ist die DIN 18920 zu berücksichtigen. Der Kronentraufbereich ist von baulichen Anlagen freizuhalten. Der Schutzbereich muss den gesamten Wurzelbereich umfassen, zzgl. 1,50 m bzw. zzgl. 5,0 m bei Säulenform nach allen Richtungen (siehe 4.5 und 4.6 DIN 18920). Die Vorgaben zum Baumschutz sind wenigstens als Hinweise aufzunehmen.

Bestandserfassung/Bilanzierung/Kompensation
Gemäß Planunterlagen fehlt noch die Biotoptypenkartierung. Die Ergebnisse sind zum nächsten Verfahrensschritt entsprechend einzuarbeiten.

Im Luftbild ist im Nordosten des Teilbereichs 3 entlang der Straße ein Knick erkennbar, dieser taucht in der Planzeichnung allerdings nicht auf. Die Struktur ist zu prüfen und die Planzeichnung ist zu korrigieren.

Ich weise darauf hin, dass sich im südlichen Bereich von Teilfläche 2 anmoorige Böden befinden.

Laut Planungsunterlagen ist die Erschließung noch nicht gesichert. Die Ergebnisse sind zum nächsten Verfahrensschritt entsprechend einzuarbeiten.
Bei der dauerhaften Zuwegung zum Teilbereich 2 ist die Ausgestaltung (Breite, Abstand vom Knick, Befestigung?) zu erläutern. Es stellt sich die Frage, ob die Verlegung der Auffahrt in den nördlichen Bereich (zwischen dem vorhandenen und neu anzulegenden Knick) möglich wäre.

Die Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sind festzusetzen oder als Hinweise aufzunehmen. Weiterhin wird in der Begründung auf Seite 39 beschrieben, dass flächige Befestigungen wassergebunden gestaltet werden. Eine entsprechende Festsetzung dazu findet sich jedoch nicht. Dies ist zum nächsten Verfahrensschritt zu ergänzen. Ebenso wie der Satz zur chemischen Unkrautbekämpfung und dem Verzicht auf Düngung. Geplante Kabelverlegungen haben außerhalb geschützter Biotope zu erfolgen.

Alle Ausgleichsflächen sind im Plan als solche zu kennzeichnen und festzusetzen („Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB).
Im Textteil bei 3.2 ist die Angabe, dass es sich um eine Ausgleichsfläche handelt gegeben – die Angabe Ausgleich fehlt aber bei 3.1 Gras- und Krautflur. Dies ist nachzutragen. Es ist anhand der Planzeichnung und der textlichen Festsetzungen nicht nachvollziehbar, dass das eine Ausgleichsmaßnahme sein soll. Dies ist zum nächsten Verfahren entsprechend zu ändern.
Gem. Planzeichnung ist es festgesetzt, zur Eingrünung Heckenanpflanzungen anzulegen. Anhand der Planzeichnung muss nachvollziehbar sein, welche Strukturen geschützt sind und

welche nicht. Dies ist zum nächsten Verfahrensschritt zu ergänzen. Ebenso ist der Schutzstreifen in der Planzeichnung darzustellen. Anhand des Planzeichens muss erkennbar sein, ob es sich ein geschütztes Biotop handelt oder nicht (in der Planzeichenerklärung ist das Symbol für gesetzlich geschützte Biotope ja bereits enthalten).
Bei den textlichen Festsetzungen unter Punkt 3 sind nähere Erläuterungen zur Blühwiese zu ergänzen. Auch in den Planunterlagen ist die Maßnahme Blühwiese zu beschreiben. Das Entwicklungsziel Extensivgrünland (S. 39/40) muss verbindlich gesichert werden. Die Vorgaben zur Gras- und Krautflur (S. 40) sind - soweit möglich - festzusetzen. Insgesamt sind die Ausgleichsmaßnahmen sowie deren Vorgaben verbindlich und sicher zu regeln. Dies sollte mittels einer entsprechenden Festsetzung erfolgen. Das gilt ebenso für die Pflanzanleitung und die Vorgabe ausschließlich gebietseigene Gehölze aus dem VkG 1 zu verwenden und für die Ansaat mit regionalem Wildpflanzen-Saatgut (S. 37). In der Begründung steht fälschlicherweise Windpflanzen-Saatgut anstatt Wildpflanzen-Saatgut (S. 37).

Die textliche Festsetzung Punkt 5 (Befristete und bedingte Festsetzungen) ist um den Teilsatz „unter Berücksichtigung naturschutzrechtlicher Belange“ zu ergänzen.

Die Ausgleichsberechnung ist nicht ganz nachvollziehbar. Es ist festgesetzt, wieviel Fläche pro SO mit Photovoltaikanlagen max. überstellt werden darf. Es ist jedoch nicht ersichtlich, ob hier auch die entsprechenden Zuwegungen und Nebenanlagen inbegriffen sind. Dieser Sachverhalt ist zu konkretisieren und ggf. die Fläche nachzubilanzieren.

<u>Artenschutz</u>
Wie in der Begründung bereits erwähnt, fehlt noch der Artenschutzfachbeitrag. Die Ergebnisse des Artenschutzfachbeitrages sind aufzunehmen und weiter auszuführen.
Die artenschutzrechtlichen Vermeidungs- und / oder Ausgleichsmaßnahmen sind möglichst festzusetzen oder mindestens als Hinweise unterhalb der textlichen Festsetzungen aufzunehmen sowie verbindlich zu sichern. Außerdem bedarf es einem Verweis auf den Artenschutzfachbeitrag. Externe Ausgleichsmaßnahmen sind vertraglich zu sichern. Ein entsprechender Nachweis zur Sicherung der Ausgleichsmaßnahmen wird erforderlich. Ein artenschutzrechtlicher Ausgleich, auch innerhalb des Plangebietes, muss ebenfalls verbindlich gesichert sein.
Der Satz, dass im Rahmen der Bauleitplanung durchgeführte Prüfungen zur artenschutzrechtlichen Verträglichkeit der Planung nicht von den auf Umsetzungsebene unmittelbar anzuwendenden artenschutzrechtlichen Bestimmungen entbinden (S. 26), ist als Hinweis aufzunehmen.

Ich weise darauf hin, dass sich ein Haselmaus-Vorkommen in dem Gebiet befindet. Da kein Eingriff in Gehölze stattfinden soll, wird keine Verwirklichung der Verbotstatbestände nach §44 Abs. 1 BNatSchG erwartet. Sollte es doch zu Eingriffen in Knicks kommen, so sind besondere Maßnahmen zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände vorzusehen *(gemäß Merkblatt zur Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Bestimmungen zum Schutz der Haselmaus bei Vorhaben in Schleswig-Holstein des LLUR vom Oktober 2018).*

Aufgrund des noch fehlenden Artenschutzfachbeitrags ist eine abschließende Stellungnahme dazu noch nicht möglich.

Da es sich um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt, fehlt noch der Vorhaben- und Erschließungsplan.

Bodenschutz

Gegen das o.g. Vorhaben bestehen aus bodenschutzrechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken.
Altlasten: sind nicht bekannt.
Altablagerungen: sind nicht bekannt. Altstandorte: sind nicht bekannt.

Die besondere Art der Bebauung mit PV-FFA ist im Umweltbericht zu berücksichtigen. Die Auswirkungen der aufgeständerten PV-Elemente auf den Boden und die Bodenfunktionen sind darzustellen. Insbesondere sind die Auswirkungen durch Überschirmung wie z. B. die Verschattung und die Abschirmung von Niederschlägen, sowie das Ausmaß möglicher Bodenerosion (insbesondere an den Tropfkanten) aufzuzeigen.
Es ist auch zu erläutern, ob und wie die Module gereinigt werden, wie die Nutzung unterhalb der PV-Module vorgesehen ist und ob es erforderlich ist, den Pflanzenwuchs zu reduzieren und auf welche Art und Weise dies geschehen soll.
Das Ausmaß der Fundamente und befestigten Wege zur Unterhaltung, der Baustraßen und Kabelkanäle sowie der Umfang der Bodenumlagerungen, Teilversiegelungen und des Einbaus von Kies-Sandschichten in den Leitungsgräben ist darzustellen.

Diese Maßnahmen können Eingriffe in den Boden darstellen, die eine schädliche Bodenveränderung im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes - BBodSchG (§ 2 Abs. 3) bedeuten können. Diese sind gemäß § 7 Bundesbodenschutzgesetz zu vermeiden oder zu minimieren.
Daher sollte der Umweltbericht neben der o. g. Darstellung der Beeinträchtigungen auch die Unvermeidlichkeit erläutern, Minimierungsmöglichkeiten prüfen sowie Maßnahmen zur Vermeidung aufzeigen.

Den Vorsorgegrundsätzen des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) §§ 1, 4 und 7 ist bei der Errichtung der Solarparks nachzukommen.
Grundsätzlich sind Böden nur im trockenen Zustand und möglichst nur mit leichten Baumaschinen zu befahren.
Beim Ab- und Auftrag von Boden ist auf eine saubere Trennung von Ober- und Unterboden zu achten, um das Material umweltgerecht einer weiteren Nutzung zuführen zu können. Wird Boden zwischengelagert, sind die Vorgaben der DIN 19731, Punkt 7.2 zu beachten (getrennter Ausbau und Lagerung, Beachtung des Feuchtezustands und der Konsistenz, Schutz vor Verdichtung und Vernässung, Lagerung auf Mieten usw.). Der Verlust von Bodenmaterial durch unsachgemäße Vermischung wird bilanziert und muss in Anlehnung an das Naturschutzrecht ausgeglichen werden.
Nach Abschluss der Arbeiten ist die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes der Flächen für die Baustelleneinrichtungen mit besonderer Aufmerksamkeit fachgerecht durchzuführen (z. B. Bodenlockerung).
Gemäß § 2 des Landesbodenschutz- und Altlastengesetzes (LBodSchG) sind Anhaltspunkte für das Vorliegen einer schädlichen Bodenveränderung oder Altlast unverzüglich der unteren Bodenschutzbehörde mitzuteilen.
Der Baubeginn ist bei der unteren Bodenschutzbehörde des Kreises anzuzeigen.

Bei dauerhafter Aufgabe der Nutzung ist die Anlage vollständig zurückzubauen und die Fläche zu entsiegeln (§ 35 Abs. 5 BauGB). Zuwegungen und Kabeltrassen sind, soweit sie keine andere Verwendung außerhalb der zurückzubauenden Freiflächenanlagen haben, vollständig

zurückzubauen. Baustoffe, -abfälle, sonstige Verunreinigungen und auf/in den Boden eingebrachte, standortfremde Materialien sind vollständig zu entfernen. Auf allen zurückgebauten Flächen sind Verdichtungen im Untergrund zu lockern, sobald dies die aktuelle Bodenfeuchte zulässt.

Bei der Wiederherstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht zur Wiederherstellung der Bodenfunktionen sind die §§ 6-7 der Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) zu beachten. Es ist eine Zwischenbewirtschaftung mit einer Zwischenbegrünung vorzusehen, deren Ansaat-Mischung verschiedene tiefwurzelnde Arten enthält.
Bei einer Folgenutzung als Ackerland ist für eine Dauerbegrünung zu sorgen (z. B. durch den Einsatz von Zwischenfrüchten oder Untersaaten).
Die Arbeitshilfe der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO) „Bodenschutz bei Standortauswahl, Bau, Betrieb und Rückbau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik und Solarthermie“ soll grundsätzlich Anwendung finden.

Darüber hinaus ist die Begründung hinsichtlich der geltenden Gesetze zu korrigieren. Seit dem 01.08.2023 sind die Ersatzbaustoffverordnung (ErsatzbaustoffV) sowie die neue Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) in Kraft getreten. Sie bilden neben dem Verfüllerlass des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft des Landes Schleswig-Holstein die Grundlage für Auffüllungen und Verfüllungen.

Sofern für die Baustraßen und -wege Recycling-Material verwendet wird, muss dieses den Anforderungen der Ersatzbaustoffverordnung entsprechen (§ 18 ErsatzbaustoffV). Zudem ist die Verwendung von Asphaltrecycling im offenen Einbau zu vermeiden.

Grundwasserschutz

Aus Sicht des Grundwasserschutzes gibt es keine grundsätzlichen Bedenken gegen das Vorhaben.

Im gesamten Plangebiet ist eine Gründung der Solarmodule mit verzinkten Stahlprofilen aus Gründen des allgemeinen Grundwasserschutzes nur zulässig, wenn vor Baubeginn fachgutachterlich nachgewiesen wird, dass sich der höchst anzunehmende Grundwasserstand unterhalb der Gründungsebene der Solarmodule bzw. Zaunanlage befindet. Der Nachweis ist der unteren Wasserbehörde vor Baubeginn vorzulegen. Alternativ sind andere Gründungsmaterialien zu verwenden (z. B. unverzinkter Stahl, Edelstahl, Aluminium). Gleiches gilt für die Gründung der Zaunanlage.

Sollte eine Wasserhaltung mit temporärer Grundwasserabsenkung bzw. Ableitung von Baugrubenwasser erforderlich sein, bedarf dies einer separaten wasserrechtlichen Erlaubnis. Die wasserrechtliche Erlaubnis für die Grundwasserabsenkung und die notwendige Ableitung des geförderten Grundwassers sind mindestens einen Monat vor Beginn der Baumaßnahmen bei der Unteren Wasserbehörde, Bereich Grundwasserschutz zu beantragen. Der Umfang der Antragsunterlagen ist vorab mit der Unteren Wasserbehörde abzustimmen. Ob eine erlaubnispflichtige Benutzung gem. § 8 und 9 WHG oder eine erlaubnisfreie Benutzung gem. § 46 WHG vorliegt, entscheidet die zuständige Untere Wasserbehörde nach Vorlage der von ihr geforderten Unterlagen.

Das Durchstoßen der Deckschicht oder das Vermindern der Mächtigkeit der Deckschicht, die dem Schutz des Grundwasserleiters dient, welcher zur Trinkwasserversorgung benutzt wird, ist zu vermeiden.

Grundsätzlich sind geeignete Vorkehrungen zu treffen, um eine nachteilige Beeinträchtigung von Boden und Grundwasser durch austretende Betriebsstoffe zu vermeiden.

Gewässerschutz

Um das o.a. Vorhaben der Gemeinde Scharbeutz planungsrechtlich zu ermöglichen, sind aus wasserrechtlicher Sicht nachstehende Hinweise zu beachten.

Niederschlagswasser
Durch die geplanten Solar-Freiflächenanlagen (Photovoltaik), insbesondere durch Fundamente für die Photovoltaikanlagen, Gebäude für Wechselrichter und Bau von Zufahrtswegen kommt es zur einer Teilversiegelung und Verdichtung der bislang unversiegelten Flächen.
Das anfallende Niederschlagswasser von verdichteten und versiegelten Flächen im Plangebiet ist schadlos abzuführen. Hierzu bedarf es Angaben, insbes. ist aufzuzeigen, mit welchen geeigneten technischen Maßnahmen eine Beeinträchtigung der Schutzgüter Boden und Wasser vermieden bzw. minimiert wird.
Sofern das anfallende Niederschlagswasser in ein Gewässer abgeleitet werden soll, ist ein entsprechender wasserrechtlicher Antrag auf Einleitungserlaubnis gem. §§ 8-10, 13 WHG bei der zuständigen Unteren Wasserbehörde des Kreises Ostholstein zu stellen.

Falls eine Versickerung des Niederschlagswassers vorgesehen sein sollte, so ist die schadlose Versickerung über den Oberboden (A-Horizont) gem. dem DWA (Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.) -Arbeitsblatt 138 nachzuweisen.
Auf eine Flächenbilanzierung gemäß dem Erlass vom 10.10.2019 zu den „Wasserrechtlichen Anforderungen zum Umgang mit Regenwasser in Schleswig-Holstein Teil 1: Mengenbewirtschaftung“ kann verzichtet, da es sich bei dieser Planung um eine PV - Freiflächenanlage handelt und es zu keinem erheblichen Versiegelungsgrad kommt. Somit ist von einem weitgehenden natürlichen Wasserhaushalt auszugehen.

Gewässer
Durch die vorgesehenen Maßnahmen dürfen die Gewässer II. Ordnung nicht beeinträchtigt werden. Es sollte bei offenen Gewässern ein Abstand von 12 m (neu: Schreiben des WBV Schwartau v. 30.01.2023) von den Ufern bzw. von der Böschungskante vorgesehen werden. Auch sollte darauf geachtet werden, dass es zu keiner zusätzlichen Beschattung durch die vorgesehenen baulichen Anlagen kommt. Bei verrohrten Gewässern ist beidseitig der Rohrachse ebenfalls ein Abstand von 12 m einzuhalten.

Falls neue Überwegungen über Gewässer notwendig sein sollten oder neue Kabeltrassen ein Gewässer kreuzen, so ist deren Ausführung im Zuge des notwendigen wasserwirtschaftlichen Genehmigungsverfahrens gem. § 23 LWG (Anlagen am Gewässer) rechtzeitig mit der Wasserbehörde abzustimmen. Hier ist vorrangig die Durchgängigkeit des Gewässers zu gewährleisten.

Falls in der Planfläche ein Kleingewässer liegen sollte, so darf dieses durch die vorgesehenen Baumaßnahmen nicht beeinträchtigt werden. Es sollte ein Abstand von fünf Metern von den

Ufern vorgesehen werden. Auch sollte darauf geachtet werden, dass es zu keiner zusätzlichen Beschattung durch die vorgesehenen baulichen Anlagen kommt

Bauordnung

Es ist zu prüfen, ob hier ein Blendgutachten auf Grundlage der Leitlinie zum Schutz von Anwohner und Verkehrsteilnehmer (Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) erforderlich ist.

Brandschutzdienststelle

Die überbaubaren Flächen müssen durch Feuerwehrfahrzeuge erreichbar sein.

Brandabschnitte und Flächen für die Feuerwehr (Zufahrten und Bewegungsflächen) können die überbaubaren Flächen einschränken.

In der Begründung fehlt eine Aussage zur Löschwasserversorgung, erforderlich sind hier mindestens 48 m³ Löschwasser pro Stunde für zwei Stunden im Umkreis von 300 m.

Auf das „Merkblatt zur Ausführung von freistehenden Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) des Kreises Ostholstein wird hingewiesen – siehe Anhang.

Grundstücks- und Gebäudeservice

Zur oben genannten Planung nehme ich als Träger der Straßenbaulasten für die im Planungsgebiet betroffenen Kreisstraße 54 im Kreis Ostholstein wie folgt Stellung:

Die Planungen beinhaltet die Schaffung von Photovoltaikfreiflächenanlagen.

Die Beschreibung der Erschließung ist in der Planung noch nicht klar definiert und muss noch nachgeliefert werden. Während der Bauphase kommt es für einen begrenzten Zeitraum zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen durch Baumaschinen und Lieferfahrzeuge. Nach der Bauphase ist ein erheblich erhöhtes Verkehrsaufkommen durch Servicefahrzeuge für die PV-Anlage nicht zu erwarten.

Ich weise vorsorglich darauf hin, dass Zufahrten an Kreisstraßen außerhalb der Ortsdurchfahrt eine Sondernutzung darstellen und einer Sondernutzungserlaubnis bedürfen. Nähere Auskünfte erteilt der Landesbetriebes Straßenbau- und Verkehr Schleswig-Holstein, Standort Lübeck, Jerusalemsberg 9, 23568 Lübeck.

Es wird davon ausgegangen, dass die etwaige Anbauverbotszone gem. § 29 Abs. 1 b) Straßen- und Wegegesetz des Landes Schleswig-Holstein (StrWG) eingehalten wird.

Weiterhin wird vorausgesetzt, dass dem Kreis Ostholstein durch das o. g. Plangebiet keine Nachteile der Kosten entstehen.

Der Kreis Ostholstein hat die Betreuung der Kreisstraßen, Kreisradwege und Kreisbrücken 1999 auf den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein, Standort Lübeck,

übertragen und wirkt lediglich begleitend als Straßenbaulastträger mit. Daher ist ebenfalls eine Stellungnahme des LBV S-H einzuholen, sofern nicht bereits geschehen.

Vorbehaltlich der Äußerung des Landesbetriebes Straßenbau- und Verkehr Schleswig-Holstein zur vorgenannten Planung bestehen seitens des Fachdienstes 6.65 keine grundsätzlichen Bedenken.

Untere Jagdbehörde

Nach Beratung durch die Kreisjägermeister des Kreises Ostholstein sowie die Kreisjägerschaft Eutin bestehen aus Sicht der unteren Jagdbehörde folgende Anmerkungen zum beteiligten Bauvorhaben:

Jagdfachliche Beurteilung:

Aus jagdlicher Sicht wird das Gesamtvorhaben kritisch betrachtet.
Vorrangig sollten versiegelte Flächen für die Anlage von Photovoltaikanlagen herangezogen werden.

Bei den in der Rede stehenden Flächen handelt es sich hingegen um intakte landwirtschaftliche Flächen, die auch Wildtieren als Lebensraum gelten.
Durch das Vorhaben wird erheblich in den Lebensraum vieler Tierarten eingegriffen. Die Landschaft wird zerschnitten.

Um die Beeinträchtigungen zu minimieren, sind folgende Punkte zu beachten:

1. Die bekannten vorhandenen Wildwechsel von Damwild, Schwarzwild usw. müssen mit in die Planung aufgenommen werden und für das Wild zum ungehinderten Durchziehen freigehalten werden. Hier ist zwischen den Teilbereichen 1 und 2 der Korridor auf einer Breite von mindestens 50 – 60 m zu schaffen.
2. Straßen, die direkt an die Planflächen angrenzen, müssen verkehrsberuhigt sein, da durch die Umzäunung und daraus entstehende Absperrung der Fläche ein erhöhter Wildwechsel und Rückwechsel entstehen.
3. Für kleinere Wildarten und Raubwild sollten Einläufe aus festen Zaunelementen geschaffen werden.
4. Die Einzäunung sollte aus dem sichtbaren Bereich herausgenommen und hinter einer Hecke, einem Knick oder ähnlichem versteckt werden.

5. Die Flächen für die Freiflächen Photovoltaikanlagen sollen für das Niederwild, dabei vorrangig dem Flugwild, zur Verfügung stehen und durch folgende geeignete Maßnahmen verbessert werden:
    a. Grünstreifen durch geeignete Saat für Niederwild
    b. Schaffung von Wasserflächen, weil Solarmodule aufgrund ihrer glänzenden Oberfläche Wasserinsekten anziehen. Ein Feuchtbiotop mit Freiwasserzone würde ein Überleben der Insekten sicherstellen. Die Größe sollte min. 5 % der Gesamtfläche für die Solaranlagen betragen.

c. Die bebaute Fläche der Solarkollektoren darf 70 % der ausgewiesenen Fläche nicht überschreiten.
d. Die Wirtschaftswege dürfen nicht versiegelt werden, sondern sind aus einem Sand-Kies-Gemisch herzustellen.
e. Bei der Bearbeitung der Flächen ist darauf zu achten, dass genügend Flächen mit höheren Pflanzen für die Deckung des Niederwildes erhalten bleiben.

6. Die Empfehlungen für Freiflächenphotovoltaikanlagen des Landesjagdverbandes Schleswig-Holstein (Anlage 1) sind zu berücksichtigen.
7. Sofern die Flächen nicht zu befriedeten Bezirken werden, muss der Jagdausübungsberechtigte das Betretungsrecht behalten. Gleiches gilt für das Recht, sich Wild anzueignen.

Jagdrechtliche Beurteilung:

Hinsichtlich der Jagdreviergestaltung kann die Errichtung einer PVA Auswirkungen auf die vorhandene Revierstruktur haben.

Ansprechpartner vor Ort sind die Revierpächter sowie der Leiter des betroffenen Hegerings.

- Umgang mit Befriedung:
  Flächen mit PV Anlagen gehören nicht zu den in § 4 Abs. 1 LJagdG aufgeführten befriedeten Bezirken und zählen somit grundsätzlich zur bejagbaren Fläche.

  Nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 LJagdG können Grundflächen, die gegen das Ein- und Auswechseln von Schalenwild und gegen den unbefugten Zutritt von Menschen dauerhaft abgesperrt sind, von der Jagdbehörde auf Antrag des jeweiligen Eigentümers oder von Amts wegen ganz oder teilweise zu befriedeten Bezirken erklärt werden.
  Hierbei wäre sodann zu prüfen, inwieweit durch die Befriedung der Jagdbezirk unter die notwendige bejagbare Fläche von mind. 2/3 fällt und demzufolge untergeht (gilt auch für EJB). Befriedete Flächen finden rechtlich auch keine Berücksichtigung bei Beschlüssen der Jagdgenossenschaft (Flächenmehrheit).

  Sofern die Fläche entgegen der o.g. Empfehlungen vollständig umfriedet werden sollte, könnte dies ggfs. zu derartigen Anträgen führen.

  Hinweis:
  Seitens der betroffenen Jägerschaft wird gefordert, dass die betroffenen Flächen nicht als befriedete Bezirke aus der Jagd genommen werden. Sie sollen in der Jagdgenossenschaft verbleiben.

- Wildschaden:

  Gemäß § 30 Abs. 2 LJagdG werden Wildschäden an Grundstücken, auf denen die Jagd ruht oder nicht ausgeübt werden darf, nicht erstattet. Sind die Flächen der PV Anlagen nicht befriedet, können Wildschadensansprüche grundsätzlich geltend gemacht werden. Diese sind auf Schäden der landwirtschaftlichen Kulturen begrenzt.

Befriedete Flächen sind nicht wildschadenspflichtig, da der Jagdausübungsberechtigte hier keine präventiven Maßnahmen (Bejagung) vornehmen kann, um dem Wildschaden entgegen zu wirken.
Flächen mit Photovoltaikanlagen beinhalten die Konstellation aus nicht befriedeten Flächen, die nur sehr eingeschränkt bejagbar sind. Diese Sachlage ist im Jagdrecht nicht abgebildet. Wildschadensforderungen sind daher diskutierbar. Hier sollten unbedingt im Vorwege Regelungen getroffen werden.

- Jagdpacht:

  Jagdrechtlich haben PV Anlagen i.d.R. keinen Einfluss auf laufende Pachtverträge, wenn keine Befriedung der Flächen vorliegt. Die Beteiligten können privatrechtlich Anpassungen insbesondere zu Pachtzahlungen und Wildschäden im Pachtvertrag anstreben. Eine nach Abschluss eines Pachtvertrags entstehende PV Anlage kann ggfs. zu einer wesentlichen Wertminderung des Jagdrevieres führen und als Kündigungsgrund herangezogen werden.

  Fazit:
  Jagdfachlich wird empfohlen, die o.g. Maßnahmen analog der Empfehlung des Landesjagdverbandes umzusetzen, um die Beeinträchtigungen für insbesondere die Fauna und Lebensräume so gering wie möglich zu halten.

  Jagdrechtlich sind im Wesentlichen die Fragen der Befriedung und deren Folgen sowie der evtl. auftretenden Wildschäden von Relevanz. Da neben den Flächeneigentümern auch die Jagdgenossenschaften, die Jagdpächter und die Jagdausübungsberechtigten in ihren Rechten betroffen sein können, wird eine frühzeitige Beteiligung dieses Personenkreises an den weiteren Planungen empfohlen.

Allgemeines

1. Es wird darauf hingewiesen, dass je eine Durchschrift dieses Schreibens an das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, Abteilung Landesplanung und ländliche Räume sowie an die Abteilung Bauen und Wohnen (Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht) gelangt.
2. Um Übersendung des Abwägungsergebnisses wird gebeten, wenn möglich per E-Mail an bauleitplanung@kreis-oh.de.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Diese Stellungnahme ist maschinell erstellt und deshalb ohne Unterschrift gültig.
Die Datei kann im „pdf- Format“ als Belegexemplar ausgedruckt werden.

Mitteilung per E-Mail an:

Landesplanung@im.landsh.de

Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport
des Landes Schleswig-Holstein
Abteilung IV 6 / Landesplanung und ländliche Räume
Regionalentwicklung und Regionalplanung
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel

Bauleitplanung@im.landsh.de

Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport
des Landes Schleswig-Holstein
Abteilung IV 5 / Bauen und Wohnen
Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrag

Schleswig-Holstein
Der echte Norden

LBV.SH
Schleswig-Holstein
Landesbetrieb
Straßenbau und Verkehr

Standort Lübeck

Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein
Standort Lübeck, Jerusalemsberg 9, 23568 Lübeck

Gemeinde Scharbeutz
z. Hd.
Am Bürgerhaus 2
23683 Scharbeutz
per Mail an
@Gemeinde-Scharbeutz.de

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom: 23.04.2024
Mein Zeichen: 46404-555.811-55-044
Meine Nachricht vom:

@LBV-SH.Landsh.de
Telefon: 0451 371
Telefax: 0451 371

03. Juni 2024

nachrichtlich:
Kreis Ostholstein
Der Landrat
- Regionale Planung -
23701 Eutin
per Mail an
bauleitplanung@kreis-oh.de

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr
Arbeit, Technologie und Tourismus
des Landes Schleswig-Holstein
Referat Straßenbau
- VII 414 -
Düsternbrooker Weg 94
24105 Kiel
per Mail an Ref41-Bauleitplanung@
wimi.landsh.de

Flächennutzungsplan - 71. Änderung - der Gemeinde Scharbeutz
Bebauungsplan Nr. 105 - der Gemeinde Scharbeutz
(frühzeitige Beteiligung der TÖB gem. § 4 Abs. 1 BauGB)

Gegen die o.g. Bauleitpläne der Gemeinde Scharbeutz bestehen in straßenbaulicher und straßenrechtlicher Hinsicht keine Bedenken, wenn folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Alle Lichtquellen sind so abzuschirmen, dass eine Blendung der Verkehrsteilnehmer auf den klassifizierten Straßen nicht erfolgt. Die Abschirmung hat auf Privatgrund zu erfolgen. Sie sind so auszubilden, dass sie durch ihre Form, Farbe, Größe oder dem Ort und die Art der Anbringung nicht zu Verwechslungen mit Verkehrszeichen und -einrichtungen Anlass geben oder deren Wirkung beeinträchtigen können.

2. Aufgrund der Lage des Bebauungsplanes, kann davon ausgegangen werden, dass während der Baudurchführung der Erschließung des Bebauungsplanes Materialtransporte über die Kreisstraße 54 erfolgen werden.
   Die Arbeiten sind deshalb im Vorwege mit der Baustellenkoordinierung des LBV.SH abzustimmen, so dass sich Baumaßnahmen des LBV.SH nicht mit den Bauarbeiten zur Erschließung des Bebauungsplans überschneiden.
   Die Abstimmung mit der Baustellenkoordinierung des LBV.SH hat über das Funktionspostfach baustellenkoordinierung@lbv-sh.landsh zu erfolgen.

Diese Stellungnahme bezieht sich im straßenbaulichen und straßenrechtlichen Bereich nur auf Straßen des überörtlichen Verkehrs.

NABU Ostholsten-Süd · In de Röth 4 · 23611 Bad Schwartau

Gemeinde Scharbeutz
Am Bürgerhaus 2

23683 Scharbeutz
per Mail an: @gemeinde-scharbeutz.de

Sprecher des Vorstandes

Mobil
@nabu-ostholstein-sued.de

Dunkelsdorf, 30.05.2024

Betrifft: Bebauungsplan Nr. 105 und 71. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Scharbeutz, Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange § 4 /1) BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Zusendung der Unterlagen zu o.g. Vorhaben zwecks einer Stellungnahme.

Wir nehmen im Auftrag des Landesverbandes NABU Schleswig-Holstein dazu wie folgt Stellung:

- Der NABU erkennt grundsätzlich die Notwendigkeit an, den Ausbau der erneuerbaren Energien rasch voran zu bringen. Vor einer Inanspruchnahme der freien Landschaft müssen jedoch sämtliche Ausbau-Optionen in direkter Anbindung zu bereits vorhandener Infrastruktur , z.B. in Gewerbegebieten, auf Gebäuden etc. genutzt werden. Nach Einschätzung des NABU dürfte es diesbezüglich noch ein nicht unerhebliches, ungenutztes Potenzial geben. Die Gemeinde sollte daher den Bedarf an Flächen für die Freiflächenphotovoltaik unter diesem Gesichtspunkt noch einmal kritisch prüfen.

- Wir begrüßen grundsätzlich die Umsetzung und Beibehaltung einer "naturverträglichen Ausgestaltung" der Freiflächen-PV-Anlagen und ziehen diese dem Neubau weiterer und höherer Windkraftanlagen vor.

- Es erfolgt, wie in der vorliegenden Begründung selbst formuliert, eine zusätzliche „optische Belastung“ und damit erhebliche Abwertung des regionalen Landschaftsbildes in Südostholstein (s.a. parallel laufende weitere PV-Flächenanlagenplanungen in Scharbeutz und Ahrensbök, weitere Planungen von Windkraftanlagen mit großen Höhen auch in der hier angrenzenden Gemeinde Ratekau). Der Erholungswert des Landschaftsbildes wird dadurch in bedeutenem Maße heruntergesetzt und geht zum Teil verloren. Es entsteht ein Bild einer industrialisierten Landschaft.

- Vorhandene Überhälter und landschaftsprägende Bäume (wie z.B. innerhalb des Teilbereichs 1 aber auch innerhalb der Knickbereiche) müssen als solchen aufgenommen, dargestellt und somit klar ersichtlich gesetzlich geschützt werden. Dieses ist besonders im Hinblick der genannten, vorkommenden Haselmaus geboten. Die Knickpflege sollte wegen der

NABU – Ostholstein-Süd e.V.
In de Röth 4
23611 Bad Schwartau
info@nabu-ostholstein-sued.de
www.nabu-ostholstein-sued.de

Spendenkonto des Vereins
Sparkasse Holstein
IBAN DE69 2135 2240 0020 0039 01
BIC NOLADE21HOL

Der NABU ist ein staatlich anerkannter Naturschutzverband (nach § 63 BNatSchG)
und Partner von Birdlife International. Spenden und Beiträge sind steuerlich absetzbar. Erbschaften und Vermächtnisse an den NABU sind steuerbefreit.

Haselmaus in Abschnitten festgelegt werden, so dass es nicht zu „Kahlschlägen“ in einem Jahr kommen kann. Es sollte festgelegt werden, dass eine bestimmte Anzahl vorhandener Überhälter mit einem Alter von mindestens 30 Jahren dauerhaft erhalten bleiben und nicht im Rahmen von Pflegemaßnahmen gefällt werden dürfen.

- Die „dauerhafte“ Zuwegung zu Teilbereich 2 ist als Grünfläche dargestellt. Diese wird voraussichtlich regelmäßig befahren und muss daher ebenfalls wie die andere Zuwegung als bebaute Fläche gerechnet und dargestellt werden.

- Seite 37 der Begründung: Der Satzteil: "Die Fläche kann ab Mitte Juli gemäht werden“ ist in „Die Fläche darf frühestens ab Mitte Juli gemäht werden.“ zu ändern.

- Die Bodenverhältnisse sind in diesem lokalen Bereich als sandig und mager zu bezeichnen. Hier bestehen besondere Möglichkeiten für zur Förderung des Naturschutzes durch die Entwicklung von extensiv gepflegtem Grünland. Es wird empfohlen dieses bei der Auswahl von entsprechendem Regio-Saatgut unbedingt zu beachten.

- Es ist zu beachten, dass zeitgleich das B-Plan Verfahren für Bebauungsplan Nr. 104 südöstlich von Sarkwitz erfolgt, so dass eine zusammenfassende Beurteilung angebracht ist (s. unsere gesonderte Stellungnahme zu B-Plan Nr. 104) Der Abstand zwischen dem Südteil des langen Teilbereichs 1 hier zur den Teilbereichen 1 und 2 des Planungsgebiets B-Plan Nr. 105 wird nur durch einen Streifen entlang der Straße K 54 zwischen Sarkwitz und Pansdorf dargestellt. Durch die vorliegenden Planungen erfolgt eine Wildlenkung genau in diesen Streifen. In diesem Streifen besteht die Straße selbst als Hindernis und Gefahrenquelle, ebenso wie die im Streifen vorhandene Siedlung mit zahlreichen Einzäunungen und ein Reitbetrieb mit entsprechender Einzäunung. Dadurch erfolgt großräumig eine Abschottung in einer Länge von ca. 800 m Luftlinie. Hier müssen Lösungsansätze zur Durchlässigkeit für Natur und Wild dargestellt werden. Es wird daher dringend eine Unterbrechung des Teilbereichs 1 in diesem B-Plan Nr. 105 angeraten, so dass das Wild nicht in die Siedlung, bzw. auf die Straße geleitet wird.

- Seite 20 Begründung: Es wird davon ausgegangen, „dass die Brutvogelfauna von Arten des Offenlandes wie Feldlerchen und Wiesenschafstelzen dominiert wird.“ Die Feldlerche steht auf der Rote Liste der Brutvögel Schleswig-Holsteins. Entsprechend sind noch Bestandsaufnahmen durchzuführen und ebenso Ausgleichsmaßnahmen dar zu stellen und durchzuführen. Hierzu wurde in diesem Planungsstand keine Aussage getroffen.

- Bei der vorgesehenen Einzäunung ist mittels Festlegung der Zaunhöhe über Boden festzulegen, dass ein Bodendurchlass für Kleinsäuger, u.ä. bestehen bleibt.

Der NABU behält sich Ergänzung seiner Stellungnahme vor und bittet um Rückäußerung, wie über seine Stellungnahme befunden wurde, sowie um weitere Beteiligung am Verfahren.

Mit freundlichen Grüßen

Sprecher Vorstand NABU Ostholstein-Süd

Eine Kopie dieses Schreiben geht zeitgleich per Mail an den Landesverband des NABU Schleswig-Holstein zur Kenntnisnahme.

Von: @gmail.com>
Gesendet: Donnerstag, 23. Mai 2024 21:29
An: @gemeinde-scharbeutz.de>
Betreff: [EXTERN] /Solarpark Sarkwitz/Bürgerbeteiligung/

An die Gemeinde Scharbeutz / Bauamt

Betrifft: - Änderung Flächennutzungsplan
- Vorhabenbezogener Bebauungsplan 105, Solarpark Sarkwitz II

Sehr geehrte

Hiermit melde ich im Rahmen der Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit für den o.a. B-Plan 105,Solarpark Sarkwitz
sowie den dafür in der Änderung befindlichen F-Plan einen Einspruch an.

Im Rahmen des Meinungsbildungsprozesses für die Bürger und Bürgervertreter wurde das Projekt
wesentlich anders vorgestellt als es jetzt im Entwurf vorliegt.

Bei der Dorfschaftsversammlung der Dorfschaft Sarkwitz am 26-06-2023 wurde das Projekt durch die Projektierer,

die Firma Solventos,der Dorfschaft und den anwesenden Gemeindepolitikern und den Verwaltungsfachleuten vorgestellt.
Es wurde, siehe Auszug aus dem Protokoll der Sitzung, zugesichert,daß der 100m-Schutzstreifen zu der Wohnbebauung
als Blühstreifen ausgebildet werden soll.

Im jetzt vorliegenden Entwurf des B-Plans erscheint dieser jetzt nicht mehr.

Ich bitte Sie,diese Fläche mit der angesprochenen Nutzung wieder aufzunehmen,beispielweise durch Ausdehnung des Geltungsbereiches,
und hier eine umweltverträgliche Kompensationsfläche zu schaffen, die bei der Umweltbilanzierung ja positiv mit einfließen kann.

Mit freundlichem Gruß und Dank

Anlage: - Auszug aus dem Protokoll der Dorfschaftsversammlung Sarkwitz 26-06-2023

Nachdem keine Wortbeiträge mehr vorliegen, bedankt sich [redacted] bei [redacted] und [redacted] und verabschiedet sie.

Teil B - Photovoltaik-Freiflächenanlagen

[redacted] stellt die Solventus vor. Danach handelt sich um ein Get-Projekt mit den Stadtwerken Kiel. Dahinter stehen 25 Jahre in der Stromvermarktung und der Windenergie.

Es soll ein Photovoltaikpark mit 18 ha entstehen (23 Megawatt) im Bereich der ehemaligen Wiesenrunde im Norden von Sarkwitz. 100 m zur Bebauung von Sarkwitz werden freigehalten. Durch die vorhandenen Knicks ist die Anlage fast nicht einsehbar. Der Ackerboden hat hier nur 25 bis 30 Bodenpunkte. Die Anlagen werden in Ost-West-Ausrichtung aufgestellt, so entsteht keine Blendwirkung für Ortschaft. Aus intensiver Ackerbaunutzung wird extensive Grünlandnutzung. Die Umzäunung wird so errichtet, dass die unteren 20 cm frei bleiben. Im den 100-m-Abstandsflächen entstehen Blühstreifen. Es wird nichts asphaltiert.

Ein Herr fragt, wie der Boden nach 20 Jahren aussieht.

[redacted] erläutert hierzu, dass sich die Bodengestalt positiv wandeln wird.

Ein Herr fragt, wie groß die Abdeckung des Boden ist.

[redacted] antwortet, dass ca. 70% des Bodens mit Photovoltaikanlagen überdeckt werden. Die vorhandenen Knicks und die großen Eichen bleiben erhalten und werden ausgespart.